

Dresdner Nachrichten

Herren-Anzüge, Knaben-Anzüge,
fertig und nach Maass,
Schlafrock - Meyer, Frauenstrasse 7.

Dresden, 1897.

Simon's Annenhof Dresden.
Vorzügliches Mittelstands-Hôtel für Geschäfts- und Vergnügungs-Reisende, Familien und Touristen.
Im Centrum der Stadt.
Gutes Restaurant Bürgerl. Pilsner.
Mässige Preise.

Bezugsgebühr
Monatlich 10 Pf., vierteljährlich 30 Pf., halbjährlich 50 Pf., jährlich 100 Pf. (incl. Porto).
Für den Auslandsendung 150 Pf. jährlich.
Für den Auslandsendung 150 Pf. jährlich.
Für den Auslandsendung 150 Pf. jährlich.

Lager-Tapeten
weit unter den sonst üblichen Verkaufspreisen geben jederzeit ab
Tapetenhaus **F. Schade & Co.** Victoriastr. 2

Familien-Nähmaschinen
Strohhut-Schneider-Schuhmacher-
H. Grossmann, Nähmaschinenfabr. Chemnitzstr. 21.
Waisenhausstr. 5, Striebsenerstr. 18.

Echte Elfenbein- (Elefanten-) Seife,
überall bekannt und beliebt für Wäsche und Haushalt.
à Stück 10 Pfg.
In allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

Regenschirme in grösster Auswahl. Schirmfabrik C. A. Petschke, Wildrufferstr. 17. Annenstr. 9 (Stadthaus).

Nr. 14. Spiegel: Handwerkerorganisation, Bädereiverordnung, Dolmetscher, Vorträge, Sozialdem., Nationalistische Vorträge; Tische, Schmacher Schneefall, mild. Donnerstag, 14. Januar.

Politisches.

Der Reichstag hat seine „Arbeiten“ wieder aufgenommen, unter Ausschluß der Öffentlichkeit, wie dies ja schon vor Weihnachten die Regel war. Knapp drei Tausend Volksvertreter hatte der Präsident mühsam zusammengeführt, um die zweite Beratung des Reichshaushaltsetats beginnen zu lassen. Die salbungsvollen Artikel, in denen sich die Presse über das unverständliche Schwänzen der Volksboten aufgeregt hatte, sind wirkungslos verhallt. Es wird fortgeschwätzt, und ebenso wirkungslos werden die Wagnisse bleiben, die fastbare Zeit nicht mit nichtigem Geschwätz, das bei der Theilnahmlosigkeit der meisten Reichstagsmitglieder selbst den Charakter und den Wert einer Privatunterhaltung hat, zu verdrängen. Das außerordentlich große Arbeitsquantum würde nur dann zu bewältigen sein, wenn die Abgeordneten ihre Pflichten mit peinlicher Gewissenhaftigkeit und Selbsterregung erfüllen würden und man sich zugleich einer vernünftigen parlamentarischen Ökonomie in der Erledigung des Tagesbestimmten. An ein reiches Tempo der Verhandlungen ist aber vorläufig gar nicht zu denken. Man begann mit der Beratung des Titels „Gesetz des Staatssekretärs des Innern.“ Vor einigen Jahren benutzte der Reichstag zur Erledigung dieses Titels volle 18 Sitzungstage; diese ganze Zeit lang wurde über alle möglichen Dinge debattiert, die mit dem Gehalt des Herrn von Bötticher nichts zu thun hatten. Vielleicht macht man es diesmal ebenso. Der Anfang ist nach dieser Richtung vielversprechend. Die ganze vorgelegte Sitzung des Reichstags war ebenso interessant wie ergebnislos. Selbst die nachherdunkelnde Verlesung des Herrn von Bötticher: er habe selber das Bestreben, daß unter allen Umständen eine Handwerker-Vorlage an den Reichstag komme, wird nicht einmal mehr bei den Optimisten in der handwerkereifnen Reichstagsmehrheit einen nachhaltigen Eindruck erwecken. Man hat sich allmählich daran gewöhnt, daß die Verlesungen, die vom Reichstagspräsidenten über die Reorganisation des Handwerks während der letzten fünf Jahre gehalten worden sind, Verlesungen bleiben. Herr von Bötticher theilte mit, daß der deutsche Entwurf zur Handwerker-Organisation bei der Ausschussberatung im Bundesrat an dem Bedenken gescheitert sei, und die Ausschüsse im Bundesrat — es kommt dabei auch der Justizausschuss in Betracht — hätten beschlossen, eine Juristenkommission einzusetzen mit dem Auftrag, eine Vorlage anzuarbeiten, die bezüglich des Prinzips der Organisation Vorarbeiten aufstellen soll, von denen vorausgesetzt werden könne, daß sie im Bundesrat einen größeren Beifall finden werden. Diese Subkommission ist mit ihrer Arbeit zur Zeit noch nicht fertig; davon aber, daß die preussische Regierung ihre Vorlage zurückgezogen hätte, ist nicht ein Wort wahr. Mit Recht wird demgegenüber bemerkt, daß Herr von Bötticher als Vizepräsident des preussischen Staatsministeriums, wenn er die Annahme der preussischen Vorlage hätte fördern wollen, darauf hätte hinwirken müssen, daß diese Vorlage zwar bei den drei deutschen Bundesstaaten mit der größten Bevölkerung, die zusammen etwa vier Fünftel der gesamten Einwohnerzahl des Deutschen Reichs in sich schließen, Zustimmung gefunden habe, daß aber in den Bundesstaaten, die nicht nach der Zahl der ihnen vertretenen Regierungen die Abstimmung stattfindet und daß nur in Folge dieses Umstandes der preussische Antrag in den Ausschüssen gefallene sei, während im Plenum des Bundesrats an eine Mehrheit für den preussischen Entwurf zu rechnen ist. Herr von Bötticher hätte dann nach einem Hinweis darauf einleuchten können, daß die überlegene Mehrheit der Handwerker auf dem vergrößerten Boden der preussischen Vorlage liege und daß dieser auch im Reichstage einer grossen Mehrheit sicher sei. Die Art, wie die „Dach-Tagung“, wie Herr von Bötticher über die gegen sein Votum im preussischen Ministerium angenommene Vorlage sprach, machte doch einen zu tiefen Eindruck.

veranlaßt hat. In einem recht großen Theil der Bädereien ist die vorgeschriebene zehnstündige Arbeitszeit in der Regel nicht eingehalten worden, häufig mit Schuld der Gesellen, welche die Ueberbürdung der Meister abstricheln herbeiführen, aber auch ebenso oft ohne Verschulden der Arbeiter, indem die Betriebsmethode, plötzliche Störungen, Temperaturschwankungen u. s. w. die rechtzeitige Beendigung der Arbeit hinauschieben. Sehr häufig findet sich daher die Angabe, daß die Arbeiter „fast alle Tage“ überarbeiten werden müßten. Wie sieht es nun, fragen die „Wer N.“, eine solche Behebung der gesetzlichen Vorschriften mit der Polizeiaufsicht zusammen? Wie aus mehreren Antworten hervorgeht, haben die Polizeibeamten vielfach die rechte Einsicht in den unbilligen Stand der Dinge gehabt und sind mit halbgeschlossenen Augen an die Uebertretungen vorbeigegangen. Es ist dies wohl die schärfste Garantie für die Vorschriften. Die Frage nach den wirtschaftlichen Schicksalungen, welche den Unternehmern aus den neuen Bestimmungen etwa erwachsen sind, wird sehr verschieden beantwortet. Angehörige der Danks der Antworten vermeint, daß eine materielle Einbuße sich habe feststellen lassen, hingegen wird durchgängig klage darüber geführt, daß die Durchführung der Waare nicht mit genügender Sorgfalt sich habe bemerkbar gelassen. Somit ist auch das Substrat geschädigt. Die Folgen des Maximalarbeitsstages auf die Beziehungen zwischen Meister und Personal werden durchweg als höchst unvorteilhaft eingeschätzt. Das gute Einvernehmen mit den Gesellen ist gelockert, die Autorität ist geschwunden, der Prinzipal ist jetzt auf den guten Willen der Gesellen angewiesen u. s. w. — In diesem Sinne ist die Meinung der Ausschüsse gehalten. Ähnlich lautet das Ergebnis der Enquete, die von einem 45 Mannigen unpartheiischen „Korps“ ausgearbeitet ist. Die eingegangenen Antworten lauten im Wesentlichen dahin, daß der Maximalarbeitsstages die Beziehungen zwischen Meister und Gesellen vielfach beeinträchtigt und die fachgemäße Ausbildung der Gesellen und Lehrlinge geschädigt habe.

Kernschreib- und Kernschreib-Berichte vom 13. Januar.

Bei der fortgesetzten Beratung des Budgets des Eisenbahnministeriums führte der Eisenbahnminister aus, der Erfolg des Betriebes der Staatsbahnen im Jahre 1896 sei ziemlich erfreulich. Das Gesamtergebnis für die Verrentung und Amortisation des in der Staatsbahn investierten Kapitals betrug 55,277,000 Gulden; das Anlagekapital (sämmtlicher im Betriebsbetriebe befindlicher Bahnen, einschließlich der für fremde Rechnung betriebenen Befahrbahnen) betrage für 1897 1,185,217,948 Gulden, wovon bereits über 2 Millionen durch Amortisation oder Convention abgezinst worden seien. Das Anlagekapital verzinne sich mit 2 1/2 Prozent. Der Minister bemerkte jedoch, der Anschlag an das jährliche Bahnergebnis werde kommen, sobald eine Erhöhung der für die Bahnen zu zahlenden Zinsen erzielt werden lie. Wie weit bereit, den Anschlag an Sachien zu befrachten, aber einen solchen Anschlag, der nicht nur die Bahnen, sondern allen bethätigten Eisenbahnen zu Gute kommt, möglichst auf österreichischem Gebiete liegen und nicht der kaiserlichen Regierung volles Lastrecht auf diesem Territorium giebt. Die Regierung ist bereit, selbst mit Staatsbeiträgen die Sozialbahn Wieders-Rumburg heranzustellen. Die Regierung ist ferner entschlossen, eine zweite Verbindung mit Triest herzustellen und im neuen Hause der bezüglichen Geleisen einzubringen. Die Verbindung soll durch die Bohemer-Linie hergestellt werden. (Lebhafter Beifall.) Der Sektionschef Witter erklärte hierauf: Vom Eisenbahnministerium ist von Neuem die Initiative ergriffen, um sich mit der kaiserlichen Regierung wegen des Bahnan schlusses in's Einvernehmen zu setzen. Die hohe Einsicht, sowie die vielfach bewährte freundschaftliche Geneigtheit der kaiserlichen Regierung, bei berechtigten Grenzfragen entgegenzukommen, läßt die Hoffnung begründet erscheinen, daß es gelingen wird, auch in diesem Falle zu einer Einigung zu gelangen.

gehalten. Er unterbreitete Alles, was der Bötticher zur Vermittlung dieses Verhältnisses der Arbeitgeber gesagt habe. Die Enquete-Kommission, welche sich mit der Sache beschäftigt hat, sei mit ihrem Bericht an den Reichstag noch nicht fertig. Voraussichtlich würden im Wesentlichen die Vorschläge zur Grundlage genommen werden, welche der Bötticher in voriger Session gemacht habe. Es würde sich also etwa handeln um Ausdehnung der Arbeitsvertrag in eine bestimmte Form zu bringen, Lohnhöhe vorzuschreiben, in denen die Arbeitsbedingungen bestimmt formuliert sind, um Ausdehnung der Kranken-, Invaliditäts- und Altersversicherung auf die Hausindustrie, ebenso auch darin, die Hausindustrie der Gewerbetreibenden zu unterwerfen. Wenn Abg. Dapaden meint, die Regierung nehme jetzt eine andere Stellung zu der Arbeitervorbereitung ein als früher, so ist es nicht anders; diese akademische Betrachtungen ein, sondern nehme nur Stellung zu positiven Vorschlägen, die sie entweder selbst machte oder die ihm vom Reichstag gemacht werden, und wisse dann die Vorschläge namentlich daraufhin, ob sie mit dem Februar-Erlaß von 1890 harmonisiren. — Abg. v. Stamm (Reichsp.) hält Dapaden vor, lediglich mit lauter Stimme Phrasen gegen zu haben, protestiren gegen den Votum mangeltlicher Bänderteilnahme und versichert wiederholt, kein Gegner der Arbeitervorbereitung zu sein. Er sei es nicht in den Ausschüssen seiner Arbeiterschaft, weil er da Bingerische erhalte. Weiter kritisiert Köhner das Vorgehen Dapaden's und seiner Parteigenossen, die in Eifer die Religion ebenso für Privatsache erklärt hätten, wie dies letzters der Sozialdemokratie geschehen sei. Wenn die Arbeiter Herrn Raumann folgten, würden sie direkt in das Lager der Sozialdemokratie kommen. — Abg. Spielhagen (Anti.) wendet sich gegen die Bäderei-Vorordnung. — Staatssekretär v. Bötticher erinnert daran, daß er gleich nach Erlass der Bäderei-Vorordnung von den verändernden Regierungen Informationen, möglicherweise bis zum 1. Januar, über die Wirkung der Verordnung und über etwaige Klagen erbeten habe; diese Auskünfte lägen noch nicht vor. Verschiedene Regierungen berichteten zwar Klagen der Bäder, diese Klagen sind aber nicht überall im Reich laut geworden. Darin stimmen alle Regierungen überein, daß in diesem Augenblicke noch nicht die Zeit gekommen ist, ein definitives Urtheil zu fällen, und daß es verfrüht wäre, schon jetzt mit Abänderungsanträgen vorzugehen. Angesichts dieser Uebereinstimmung wäre ein jeder Schritt, schon jetzt eine Revision der Verordnung anzutreten, verwerflich. — Abg. Vogel (Soz.) wendet sich lebhaft gegen die Besuche, die Bäderei-Vorordnung anzugehen, trägt die Selbstkritik, mit der ein Theil der Bäder gegen die Verordnung agirt, und schließt die Arbeitsüberbürdung der Bädereigebenen. Könne das Gewerbe nicht ohne diesen Mangel bestehen, so ist es werth, zu Grunde zu gehen. Die Kontrolle der Einhaltung der Verordnung ist ganz unzulänglich. Ueber die sanitären Verhältnisse wäre eine zweite Enquete sehr erwünscht. — Staatssekretär v. Bötticher: Das würde keinen Zweck haben, da sich seit der ersten Enquete vor zwei Jahren nennlich nicht viel geändert hat. — Abg. v. Karbott (Reichsp.) hält das Bädereigewerbe für eines der gefährdeten. Seine Freunde würden die preussische Regierung im Abgeordnetenhaus wegen der Art der Ausführung innewohnen. — Abg. Graf Stolberg (Con.) erklärt ebenfalls die Verordnung für nicht gerechtfertigt. — Abg. Dapaden polemisiert nochmals gegen den Abg. v. Stamm und tritt lebhaft für die Bäderei-Vorordnung ein. Mit einem Maximalarbeitsstages, der nach den einzelnen Gewerben unterschiede und nicht Alles über eine Schablone behandelte, könne sich doch wohl Bedenken befürchten. — Abg. Bachnick (Reichsp.): Seine Freunde seien nicht gegen den Schutz der Bädereigebenen, wohl aber gegen diese Verordnung, welche geradezu eine Kränkung auf den Großbetrieb lege. Weit besser als der Maximalarbeitsstages sei eine Maximalarbeitswoche, dahin möge die Regierung die Verordnung modifiziren. — Abg. Hitze (Centr.) hält dieses Vorgehen für durchaus erdungsunfähig. Von einer einfachen Aufhebung der Verordnung könne aber nicht die Rede sein. — Abg. Kricheldorf (Reichsp.): Die Bäder stäubten sich keineswegs durchweg gegen die Verordnung, aber die Umkehr gegen die Erziehung des Maximalarbeitsstages durch eine Maximalarbeitswoche. — Nur eine Anfrage dieses Redners bewirkt Staatssekretär v. Bötticher, er lasse den neuen § 4 der Gewerbeordnung zu auf, daß ganz unbedeutend landwirtschaftliche Maschinen auf dem Wege des Detailhandels in landwirtschaftlichen Betrieben angeboten und verkauft werden dürfen; er glaube auch, ein weisses Nichter werde den Paragrafen zu auslegen. — Abg. v. Tziemannski (Volk.) ist verwundert, daß in dem Bädereigebenen Schweb noch keine Neumahl andernamt ist, obwohl das Mandat von Reichsp. am 10. Dezember lauffert sei. — Staatssekretär v. Bötticher: Vor mir ist bereits am 31. Dezember die Revision an den preussischen Minister des Innern abgegangen, die Neu- bezüglich der Enquete in Schwab zu veranlassen. Ich zweifle auch nicht, daß der Antrag dazu ergangen ist; ich werde aber meinem Herrn Kollegen den Wunsch des Herrn Abgeordneten sofort unterbreiten. (Lebhafter Beifall.) — Abg. Lütthmann (Soz.) verbreitet sich über v. Stamm's Verhalten gegen Arbeitervereine, auch christliche, evangelische, sowie über Bergarbeiterverhältnisse und die gegen 1890 veränderte Sozialpolitik der Regierung. — Abg. Vogel (Reichsp.) wünscht gleichberechtigtes Vorgehen gegen die Landindustrie. — Staatssekretär v. Bötticher: Der Gegenstand ist zurückgestellt worden, weil die letzten Sessionen mit dringenderen Aufgaben befaßt waren. Etwas ist gegen die Landindustrie schon in voriger Session gegeben durch Verhängung des § 3 der Gewerbeordnung, und im Bürgerlichen Gesetzbuch durch Zulassung der Entmündigung Landindustrieller. In dieser Session hat so der Reichstag ohnehin genug zu thun. — Abg. Vogel (Soz.) polemisiert gegen die Neuerung des kaiserlichen Kommissars Köhler, daß das so duo feiant dem unter Umständen berechtigt sei. Vor solchen Voreingenommenheiten müßte wohl selbst der Reichstagsregierung unheimlich werden. (Lebhafter Beifall.) — Abg. Vogel (Soz.) trägt sich über die Bädereigebenen Verhältnisse und die den Arbeitervereinen berechneten Schwierigkeiten. — Weiterberatung morgen. — Der Präsident von Uebel macht noch Mitteilung von dem Ableben des Abg. Stephan-Torgler. Das Haus ehrt sein Andenken durch Erheben von den Tischen.

Berlin. Der Kaiser und die Kaiserin wohnten heute in der hiesigen Dreifaltigkeitskirche der Trauung der Tochter des Staatsministers v. Wedell mit dem Premierleutnant Grafen v. Bismarck-Pöhlen bei. — In der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses theilte Staatssekretär v. Bötticher auf eine bezügliche Anfrage mit, daß für die Beibehaltung des Deutschen Reichs an der Weltausstellung zu Paris im Jahre 1900 im Maximum 5 Millionen

Abg. v. Stamm's Bericht über die Bäderei-Vorordnung. (Fortsetzung.)